

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Postfach 1055 Dresden

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Hg., für auswärts 40 Hg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Hg., außerhalb 20 Hg., die 20 mm breite Reklamzeile 200 Hg., außerhalb 250 Hg., Offertengelder 30 Hg. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Neubauer & Reichardt in Dresden
Postfach 1055 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Nachprüfung der zerstörten Ostwerke.

Ein zweiter Besuch Rieths bei Briand. — Teilzugeständnis Deutschlands.

Zwei Reden Stresemanns. — Ungewisses Schicksal französischer Ozean-Flieger. — Hindenburg in Wilhelmshaven.

Deutschlands Rheinforderung im englischen Licht.

London, 9. Mai. Im Zusammenhang mit einer zweiten Besprechung des deutschen Geschäftsträgers in Paris mit Briand schreibt heute der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, der deutsche Geschäftsträger sei beauftragt gewesen, Briand darzulegen, daß eine wesentliche Verminderung der französischen Besatzung möglich sei und daß Deutschland eine Gerabesehung um 25 000 Mann verlange. Ferner habe man Briand wissen lassen, daß das Reich die Zerstörung der Ostbefestigungen ausführen und den Art. 431 des Versailler Vertrages erfüllen. Infolgedessen sei Deutschland berechtigt, eine vollständige Räumung zu verlangen.

In einem Punkt habe Deutschland vorgezogen, Frankreich und den Alliierten ein Zugeständnis anzubieten, und zwar in der Frage der Ueberwachung der Zerstörungen der Ostbefestigungsanlagen. Berlin sei nunmehr gewillt, zu gestatten, daß einer der alliierten Militärattachés in Berlin, wobei man den Alliierten die Auswahl überläßt, persönlich die Zerstörungsarbeiten beaufsichtigt, sobald diese nach Ansicht der deutschen Behörden beendet seien.

Berlin, 9. Mai. Die neuerliche Unterredung des Botschaftsrats Rieth, der zurzeit den erkrankten deutschen Botschafter v. Doehs in Paris vertritt, mit dem französischen Außenminister Briand galt der Fortsetzung des Gedanken- und Austausch, der seit einiger Zeit zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Besatzungsfrage geführt wird. Zu einem Abschluß der Verhandlungen ist es noch nicht gekommen.

Deutschlands enttäuschte Hoffnungen.

v. Guérard auf dem rheinischen Zentrumsstage.
Ahn, 9. Mai. Auf dem Parteitage des rheinischen Zentrums sprach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums über das Zentrum in der neuen Reichsregierung. In den Fragen der Innenpolitik habe es, so erklärte der Redner, bisher keine Schwierigkeiten innerhalb der neuen Koalition gegeben. Offen gesagt müsse aber werden, daß unsere außenpolitischen Hoffnungen stark enttäuscht seien. Nichts von dem, was wir nach Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätten erwarten müssen, sei eingetroffen. Das Primäre in der Außenpolitik sei für uns nicht die Herabsetzung der Besatzungsstruppen, sondern deren völlige Zurückziehung und die baldige Wiederanlieferung des Saargebietes an das deutsche Mutterland. Ungenehm sei die französische Forderung, die Grenzlinie im Osten, die wir aus Grund des Versailler Vertrages hätten vornehmen müssen, nochmals zu garantieren. Dadurch würde uns jede Möglichkeit genommen, auf friedlichem Wege eine Besserung der Verhältnisse anzustreben. Die Rheinandräumung sei kein Handelsobjekt, sondern unser autes Recht.

Neben dem Viasio von Locarno steht das Viasio der Abrüstungskonferenz. Wir wünschen auch die Erörterung des Dawes-Planes und der Reparationsfrage. Der Redner streifte dann noch die Rettung des Arbeitslosennotstandes durch das Zentrum und die Konfessionsfrage. Die Verlängerung des Republikbeschusses bezeichnete er als dringlichste Arbeit nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages. Er sehe im übrigen keine Krisenluft.

Ausflüchte des „Temp“ zur Rheinfrage.

Paris, 9. Mai. Zu den durch die zwei Besuche des deutschen Botschaftsrats Rieth bei Außenminister Briand eingeleiteten deutsch-französischen Besprechungen betont der „Temp“: Es sei klar, daß die Deutschen etwas zu erhalten wünschten. Man verstehe sehr wohl, daß Dr. Stresemann von den Nationalisten getrieben, einen Erfolg brauche, um die ministerielle Lage vor der bevorstehenden Parlamentsdebatte wieder herzustellen. Das Blatt verweist dann auf die Rede des Reichsministers Doehs und die Stahlhelmschuldung in Berlin, um dann fortzuführen: Diese Umstände schufen keine Atmosphäre, die entsprechende Verhandlungen über die von der Reichsregierung aufgeworfenen Fragen erleichterten. (Z. L.)

Rechtskoalition und Außenpolitik.

Stresemann gegen französische Verdröhnungen.
Bad Degenhausen, 9. Mai. Anlässlich der Tagung des Wahlkreisverbandes Westfalen der Deutschen Volkspartei am Sonntag in Bad Degenhausen sprach nach Reden des Reichsministers A. D. Scholz, der Landtagsabgeordneten Frau v. Auloss und des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo der Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer Diskussion Rede auch über die außenpolitische Lage und führte dabei folgendes aus:

Der „Temp“ hat vor wenigen Tagen erklärt, daß der Außenminister, ebenso wie die Deutsche Volkspartei, im Reichskabinete in Bezug auf ihre Anschauungen isoliert seien. Diese Behauptung des „Temp“ entspricht nicht den Tatsachen. In den Plankammern, die zur Bildung der gegenwärtigen Regierung führten, haben die Parteien, die heute die Regierung bilden, sich zur Fortführung der bisherigen Außenpolitik entschlossen.

In dieser Fortführung der Außenpolitik sind mir seitens des Kabinetts keine Hindernisse bereitet worden.

Wenn Kundgebungen in Deutschland, die insbesondere an die Tradition der alten Armee anknüpfen, etwa mit einem Abweichen von dieser Außenpolitik in Verbindung gebracht werden, so ist dies eine völlig falsche Darstellung. Die in Deutschland bestehenden Organisationen dieser Art sind schließlich doch nur der psychologische Reflex der einseitigen deutschen Abrüstung. Sie würden ihre Bedeutung, vielleicht ihre Existenz, in dem Augenblick verlieren, in dem der deutschen Abrüstung die Abrüstung anderer Völker folgte. Wenn man sie anders ansieht, wenn man davon spricht, daß neben der Reichswehr in Deutschland gewissermaßen noch ein heimliches schlafendes Heer bestünde, das in einem Augenblick erwache und sich auf seinen Nachbar stürze, wo irgend jemand es erweckt, so sind das Märchen, würdig eines Jules Verne, aber nicht würdig ernster Betrachtung. Ich darf doch auch darauf hinweisen, daß es die Regierungserklärung des neuen Kabinetts war, die offen davon gesprochen hat, daß

die Reichsregierung jede Politik der Revanche ablehnt. Schließlich ist mein Name mit der Außenpolitik, die in den letzten Jahren geführt worden ist, derart verbunden, daß ich selbstverständlich nicht Außenminister bleiben könnte, wenn an dieser grundsätzlichen Einstellung zur Außenpolitik sich etwas änderte. Bisher sind aber auf dem Gebiete der Außenpolitik keine Vorgänge zu verzeichnen, die als ein solches Abweichen zu bezeichnen sein würden.

Was die Erörterungen über die Frage eines Ok-Vocarno anbelangt, so bemerke ich, daß unser Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, insbesondere zu Polen, gesehrt ist durch die letzten Abmachungen, die in Locarno selbst getroffen worden sind. Die Abmachungen werden vielfach nur auf

unser Verhältnis zu Frankreich und Belgien bezogen. Ihr Gesamtwert besteht aus diesen Abmachungen mit ihren starken Bindungen mit den westlichen Nachbarstaaten, andererseits aus dem mit Polen abgeschlossenen Schiedsvertrag, der jedenfalls eine friedliche Auseinandersetzung über Differenzen zwischen beiden Ländern gewährleistet. Diese Situation hat das neue Kabinete bei seiner Begründung vorgefunden und sie durch nochmaliges Aussprechen der Anerkennung der bestehenden Verträge besonders unterstrichen. Die Frage unseres Verhältnisses zu Polen ergibt sich daher aus der hierdurch geschaffenen Grundlage. (W. L. B.)

Ein französischer Abgeordneter für die Räumung.

Paris, 9. Mai. Im „Populaire“ spricht sich der sozialistische Abgeordnete Bracke sehr mißbilligend über die Art und Weise aus, mit der die französische Presse die Unterredungen zwischen dem Botschaftsrat Dr. Rieth und Außenminister Briand behandelt. Eine Verweigerung der Rheinräumung sei nicht mehr zu rechtfertigen, nachdem man Deutschland in den Völkerbund aufgenommen habe und man die Erfüllung seiner Verpflichtungen anerkenne. Eine solche Verweigerung müßte die Erfolge der deutsch-französischen Annäherung wieder in Frage stellen. Zweitens legt Bracke in seinem Artikel dar, es sei einigermaßen absurd, wenn man sich ständig Locarno und Thoiry rühme, ohne jedoch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Man widerrufe damit die Hoffnungen, die man seinerzeit mit dieser Politik gewagt habe. Gleichzeitig sehe man sich nicht allein der Gefahr aus, Kundgebungen wie die des Stahlhelms zu provozieren, sondern bereite solchen Kundgebungen geradezu einen Erfolg.

Der Ausklang des Stahlhelmtages.

Der Stahlhelm in Potsdam.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 9. Mai. Am gestrigen Stahlhelmtage hat in Berlin das größte Polizeiaufgebot stattgefunden, seitdem die Schupo besteht, sowohl was die Ausdehnung des Dienstes im Alarmzustand als auch die Zahl der aufgestellten Beamten betrifft. Die Schupo war seit Donnerstag nachmittag in höchstem Alarmzustand. Im Laufe des heutigen Tages wird dieser Alarmzustand abgebaut. Von morgen früh an tritt wieder der reguläre Dienstplan in Kraft. Etwa 18 000 Beamte der Schupo befanden sich im Dienst. Dazu kamen noch tausend Beamte, die in Zivilkleidung Dienst taten, von diesen waren 700 Beamte der Kriminalpolizei entnommen. Außerdem waren noch Spezialkommandos und Streifen unterwegs, so daß die Gesamtzahl der am Sicherheitsdienst beteiligten Personen 15 000 betragen haben dürfte. Es wurden im ganzen 825 Personen, unter denen sich nur wenige Stahlhelmer befanden, am 7. und 8. Mai wegen Vorkommnissen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Stahlhelmtage standen, angeklagt. Von diesen Leuten ist der größte Teil noch im Laufe der Nacht entlassen worden. Insgesamt konnten 600 Personen wieder nach Hause gehen. Die noch im Polizeigewahrsam befindlichen 160 Personen wurden im Laufe des Vormittags vernommen und dürften bis auf wenige entlassen werden. 15 Personen wurden dem Richter vorgeführt. Ihnen wird schwere Delikte vorgeworfen, die meisten ändern dürften mit einem Strafbescheid davonkommen.

Deute früh von 9 Uhr an erfolgte als

Ausklang des Stahlhelmtages in Potsdam, das schwarz-weiß-rot beflaggt war, auf dem Wassplatz der Aufsicht der letzten Stahlhelmer, die gestern abend noch nicht abgereist waren. Abteilungswise eisenhängeschmückten schwarz-weiß-roten Fahnen rühten sie zwischen 9 und 10 Uhr an und füllten den Wassplatz. Um 10 Uhr erschien mit seiner Abteilung der Bundesführer der Stahlhelmorganisation Seidte. Er und der Gauführer Baumgartner, Potsdam, hielten Ansprachen. Um 10 Uhr, als der Bundesführer auf dem Platz erschienen, passierte den Wassplatz gleichzeitig eine Eskadron Kavallerie mit klingendem Spiel, voran berittene Pausenschläger.

Berlin, 9. Mai. Bei den sämtlichen Zusammenkünften, welche sich anlässlich des Stahlhelmtages angetragen haben, waren die Kommunisten bzw. „Anderdenkende“ die Außerer. Fünf Stahlhelmenteile wurden schwer verletzt, die Zahl der Verletzten ist ziemlich groß. Die von auswärtig gekommenen Stahlhelmenteile haben zum großen Teil Berlin bereits wieder verlassen.

Die Reichsbahnverwaltung Berlin besitzert die Zahl der von ihr nach Berlin besörderten Stahlhelmenteile annähernd mit 120 000 Personen. Da die Zahl der Berliner Teilnehmer auf 5000 bis 10 000 geschätzt wird, dürften, einer Berliner Korrespondenz zufolge, an dem Frontsoldatentag etwa 125 000 bis 130 000 Personen beteiligt gewesen sein. (Z. L. B.)

Hindenburgs Gruß an den Stahlhelm.

Berlin, 8. Mai. Auf ein Duldigungstelegramm des Stahlhelms hat der Reichspräsident geantwortet: „Derselben Dank für freundliches Meinungsäußern und kameradschaftliche Grüße.“

Hindenburgs Besuch in Wilhelmshaven.

(Durch Funkpruch.)

Wilhelmshaven, 9. Mai. Um 10,30 Uhr traf der Reichspräsident, in dessen Begleitung sich auch der oldenburgische Ministerpräsident v. Finkb. befand, nach einer Autofahrt, bei der die Kaiser-Wilhelm-Brücke, die Einfahrt I, II und III, die Schiffssteigeplätze im Nordhafen und die Marinewerft berührt wurden, in der Kaserne am Mühlentweg ein. Dort hatten die Marineteile des Standortes, einschließlich der Besatzungen der Schiffe und Fahrzeuge der Reichsmarine, die herangezogenen auswärtigen Truppenteile des Stationsbefehlshaberbereiches und Krieger- und Marinevereine Paradeaufstellung genommen. Der Reichspräsident schritt die Front ab und nahm den Vorbeimarsch entgegen. Sodann begab sich der Reichspräsident zum Ehrenfriedhof, wo ein Kranz niedergelegt wurde.

Nach kurzem Besuch beim Stationschef wurden dem Reichspräsidenten im Offiziersheim eine größere Anzahl höherer Offiziere und Marinebeamten vorgestellt, woran sich ein Frühstück anschloß. Um 1,23 Uhr begab sich der Reichspräsident im Sonderzug über Oldenburg zu einem privaten Besuch nach Leer und Loga. — Er gedenkt am Mittwoch morgen wieder in Berlin einzutreffen.

Eine Rede Westarps in Rostock.

Rostock, 9. Mai. Vor einer großen Versammlung sprach hier Graf Westarp über Innen- und Außenpolitik. Er stellte fest, daß die Deutschen nationaler am Kaiserum fehalten, und daß von deutschnationaler Seite nur zugestanden sei, keine gefährlichen Angriffe gegen Schwarz-Rot-Gold zu unternehmen. Hauptaufgabe sei jetzt die Rechtsregierung auch in den Ländern ans Ruder zu bringen.

Parteitag der Deutschkonservativen Partei.

Berlin, 8. Mai. Die Deutschkonservative Partei hielt am Sonnabend im Lehrervereinshaus ihren diesjährigen Parteitag ab, der von dem Parteivorsitzenden D. Graf Seidlitz-Sandreczki eröffnet wurde. Als erster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Everling über die politische Lage. Sodann sprach Oberkonsistorialrat Scholz über die nationale Bedeutung der Schulfrage und wandte sich gegen die mechanische Vereinheitlichung und die Konfessionalisierung des gesamten Schulwesens, weil sie Spaltungen statt Einheit bringen würde. Zum Schluß des Parteitages wurde eine Entschließung angenommen, in der sich der Parteitag u. a. zu einer Lösung der Staatsformfrage bekennt, die, wie es in der Entschließung heißt, „unser angestammten Vorfürten in ihrer von Gottes und Rechts wegen ihnen unverfärbbar zutehenden Rechte wieder einsetzt“, und zu einer Lösung der Staatsformfrage, die gegenüber dem unheimlichen Unitarismus die selbständige Staatspersönlichkeit der Bundesstaaten nach Bismarck'schen Grundfäden achtet“. In der Entschließung wird ferner der in Berlin aufmarschierte Stahlhelm und in ihm das Erwachen des nationalen Selbstbewusstseins begrüßt.

Paris, 9. Mai. Der russische Außenminister Tschitserin wird am Mittwoch die Riviera verlassen und, ohne Paris zu besuchen, nach Moskau zurückkehren. (Z. L.)